

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Aufbruch nach Tötung eines Rebellen-Führers

Am 26. August wurde Nawab Akbar Khan Bugti, einer der prominenten Anführer der militanten Nationalisten in Belutschistan, bei einem Angriff der pakistanischen Luftwaffe getötet. Nach Militärangaben handelte es sich nicht um eine gezielte Tötung. Bugtis Höhlenversteck sei vielmehr unter den Bomben zusammengebrochen und habe ihn begraben. Der Tod des 79-jährigen Bugti, einer der Veteranen der pakistanischen Politik, löste landesweit Proteste in allen politischen Lagern aus, darunter tagelange Generalstreiks und Demonstrationen in vielen Städten. Bugti war unter anderem Bundesminister, Gouverneur und Ministerpräsident von Belutschistan gewesen. Er hatte sich zuletzt dem bewaffneten Widerstand angeschlossen, der in Belutschistan vor allem mit Anschlägen auf die Infrastruktur wie Gasleitungen Aufsehen erregt. Viele Belutschen wehren sich dagegen, dass Pakistan die Bodenschätze der größten, allerdings dünn besiedelten Provinz ausbeutet, ohne dass die lokale Bevölkerung angemessen davon profitiere. In der Hafenstadt Gwadar baut Pakistan mit chinesischer Hilfe einen Tiefsee-Hafen; auch chinesische Gastarbeiter sind wiederholt von belutschischen Nationalisten attackiert worden. Die Regierung geht (ähnlich wie in Waziristan an der Grenze zu Afghanistan) mit massiver militärischer Gewalt gegen die Rebellen vor. Während Präsident Musharraf und andere Hardliner darauf beharrten, dass der militante Widerstand nicht geduldet werde, verurteilten auch prominente Mitglieder der Regierungspartei PML (Q) den Militäreinsatz. Sein Tod habe Bugti in den Augen vieler Belutschen zu einem Märtyrer gemacht. Die Kritiker in Regierung und Opposition hatten seit längerem gefordert, die Regierung solle mit den drei wichtigsten Führern des militanten Widerstands, darunter Bugti, verhandeln und befürchten, dass Belutschistan jetzt in einen Bürgerkrieg hineinschlittern könnte.

Verhandlungen statt Bomben für Waziristan

Die pakistanische Regierung hat Anfang September ein Abkommen mit militanten Kämpfern in den Stammesgebieten an der Grenze zu Afghanistan geschlossen. Der von einer Jirga der Stammesältesten vermittelte Deal sieht vor, dass ausländische

Kämpfer die Region verlassen oder sich an die pakistanischen Gesetze halten sollen; insbesondere sollen Angriffe über die Grenze nach Afghanistan eingestellt werden. Im Gegenzug verpflichtete sich die Armee auf einen Rückzug in Lager sowie auf Grenzposten. Diese Wendung kommt einem Eingeständnis gleich, dass die bisherige Strategie, mit 80.000 Soldaten die Stammesgebiete systematisch zu durchkämmen und von ausländischen Al-Qaida- und Taliban-Kämpfern zu säubern, misslungen ist. In der Tat haben die oft unpräzisen und unverhältnismäßigen Militärschläge weite Teile der Bevölkerung in die Arme der Extremisten getrieben. Kritiker werfen der Regierung jetzt vor, sie falle von einem Extrem ins andere und habe vor den militanten Gruppen kapituliert.

Regierung übersteht Misstrauens-Antrag

Ministerpräsident Shaukat Aziz hat Ende August einen Misstrauensantrag der Opposition im Parlament überstanden. Die Opposition aus Islamisten und bürgerlichen Parteien hatte dem seit 2004 amtierenden Shaukat Aziz Korruption vorgeworfen sowie generell den Mangel an Demokratie und das Versagen der Regierung beklagt. Die Präsident Musharraf nahe stehenden Abgeordneten, die eine klare Mehrheit der Abgeordneten stellen, lehnten den Antrag erwartungsgemäß ab. Er war ohnehin eher als öffentlichkeitswirksame Aktion im Vorfeld der Parlamentswahlen 2007 geplant gewesen. Die beiden Ex-Ministerpräsidenten Nawaz Sharif und Benazir Bhutto, die im Exil leben, haben inzwischen in einer im Mai in London beschlossenen "Charta der Demokratie" bekräftigt, dass sie bei den kommenden Wahlen gemeinsam für ein Ende der Militärherrschaft eintreten wollen.

Brief an Musharraf erregt Aufsehen

In einem öffentlich gewordenen Brief an den Präsidenten haben sich führende pakistanische Intellektuelle und Politiker, aber auch eine Reihe prominenter pensionierter Militärs und Geheimdienst-Offiziere für eine Trennung von Präsidentschaft und Oberbefehl über die Streitkräfte ausgesprochen. Sie mahnen an, dass die anhaltende Benachteiligung der bürgerlichen Opposition zu einer gefährlichen Polarisierung der Gesellschaft führe und fordern unter

anderem die Einsetzung einer neutralen Übergangsregierung vor den Parlamentswahlen. Der im Juli bekannt gewordene Brief wurde in den pakistanischen Medien breit diskutiert und von vielen Beobachtern als Anzeichen dafür gewertet, dass auch weite Teile der Armee der politischen Rolle der Streitkräfte überdrüssig seien.

Amnesty beklagt Verschwindenlassen

In einem neuen Bericht hat die Menschenrechtsorganisation amnesty international mit Besorgnis darauf hingewiesen, dass in Pakistan die Zahl der Verschwundenen zunehme. Insbesondere im "Krieg gegen den Terrorismus" habe es zahlreiche Fälle gegeben, wobei manche Verschwundene später in Guantánamo wieder auftauchten, von anderen aber jede Spur fehle. Fehlende Proteste hätten dazu geführt, dass mittlerweile auch häufiger Nationalisten im Sindh und in Belutschistan spurlos verschwänden, so ai in dem Bericht (<http://web.amnesty.org/library/Index/ENGASA040012006>).

Reform der „Hudood“-Gesetze

Die Regierung hat mit einem Frauenrechts-Gesetz die lange diskutierte Reform der unter General Zia 1979 verabschiedeten islamischen "Hudood"-Gesetze in Angriff genommen. Die Neuregelungen sollen sicherstellen, dass Frauen in Vergewaltigungs-Prozessen nicht zu Opfern werden, wie Frauenrechtlerinnen und die oppositionelle PPP es seit langem kritisierten: Nach der bisher geltenden Regelung wurde eine vergewaltigte Frau wegen Ehebruchs verurteilt, wenn sie nicht vier männliche Zeugen für die Vergewaltigung aufbieten konnte. Die Koalition religiöser Parteien wandte sich entschieden gegen jede Reform, während liberale Kräfte forderten, die "Hudood"-Gesetze ganz abzuschaffen.

Tod eines pakistanischen Studenten in Berliner Haft

Am 3. Mai 2006 wurde der pakistanische Student Amir Cheema tot in seiner Zelle im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit tot aufgefunden. Laut Obduktionsbericht hatte der 28jährige Amir Cheema Selbstmord durch Erhängen begangen. Cheema, der in Mönchengladbach studierte, war am 20. März in Berlin verhaftet worden, als er mit einem Messer in das Gebäude des Axel-Springer-Verlags eindrang. Nach Angaben der Polizei drohte er damit, Roger Köppel, den Chefredakteur der Zeitung „Die Welt“

zu töten, weil sie die umstrittenen Islam-Karikaturen aus der dänischen Zeitung „Jyllands Posten“ nachgedruckt hatte. Vor Cheemas Tod war die Verhaftung von der deutschen Justiz und Polizei nicht öffentlich bekannt gegeben worden. In Pakistan führte der Tod Cheemas an mehreren Orten zu anti-deutschen Demonstrationen. An seiner Beerdigung nahmen rund 30.000 Menschen, vor allem Anhänger islamistischer Parteien, teil. Sein Vater Nazir Cheema bezweifelte öffentlich die Selbstmord-These und verdächtigte die deutschen Behörden, sie hätten seinen Sohn zu Tode gefoltert. Auch nach Abschluss der Obduktion, bei der aus Pakistan eingeflogene Experten anwesend waren, gab es in Pakistan Medienberichte, die Zweifel am korrekten Verhalten der deutschen Behörden zum Ausdruck brachten.

UNHCR beendet Erdbeben-Einsatz

Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat Ende August seinen Einsatz in der pakistanischen Erdbebenregion beendet und die Verantwortung für die verbleibenden 44 Flüchtlingslager den örtlichen Behörden übergeben. Laut UNHCR-Angaben konnten inzwischen rund 140.000 Erdbebenopfer wieder in ihre Wohnorte zurückkehren. 36.000 seien jedoch immer noch auf Hilfe in Lagern angewiesen. Bei dem Erdbeben am 8. Oktober 2005 waren in Kaschmir und der Nordwest-Grenzprovinz mindestens 73.000 Menschen ums Leben gekommen. Immer wieder stürzen auch fast ein Jahr später noch Gebäude ein, die vom Erdbeben beschädigt worden waren, wie ein neunstöckiges Appartementhaus in Murree Ende August. Während der Monsunzeit wurden Flüchtlingslager von schweren Regenfällen beschädigt, mehrere Menschen starben bei Erdbeben.

45 Tote bei Flugzeugabsturz

Beim Absturz einer Maschine der pakistanischen Fluggesellschaft PIA sind am 10. Juli alle Insassen ums Leben gekommen. Die Maschine vom Typ Fokker F-27 Friendship war auf dem Weg von Multan nach Lahore. Ersten Untersuchungen zufolge war Motorversagen die Ursache für das Unglück.